

# Neue POLITIK

Kommentar- u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Beiträge zur politischen Neuordnung

*Liebe Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

Barack Hussein Obama, us-amerikanischer Präsident, erhielt am 9. Oktober d.J. den Friedensnobelpreis, laut Wikipedia, "für seine außergewöhnlichen Bemühungen, die internationale Diplomatie und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu stärken". Ebenfalls bei Wikipedia steht: "Der Friedensnobelpreis kann auch an Personen oder Organisationen vergeben werden, die an einem noch laufenden Friedensprozeß beteiligt sind, nicht nur für die abschließende Lösung eines Konflikts."

Obama selbst hat in seiner ersten Reaktion den Nobelpreis als einen "Aufruf zum Handeln" bezeichnet.

Dieser Friedensnobelpreis bedeutet für den us-amerikanischen Präsidenten viel Arbeit viel diplomatisches Geschick, große diplomatische Offenheit und eine Durchsetzungskraft in einer friedenspolitischen Form, wie sie bisher von keinem anderen Träger des Preises erwartet wurde.

Die friedenspolitischen Erwartungen an Obama sind infolge seines charismatischen Auftretens und seines innenpolitischen und außenpolitischen Programms groß. Wir können Obama besonders gut helfen, wenn er kompromißlos, aber mit einer notwendigen Handlungsbreite, die innen- und außenpolitischen Probleme angeht. Fast alle Weltprobleme haben us-amerikanische Wurzeln und/oder Wurzeln in unserer gemeinsamen jüdisch-christlichen Kultur. Mit unserem Alleinvertretungsanspruch gegenüber anderen Kulturen und Völkern haben wir friedensfeindliche Konflikte ausgelöst.

Der Friedensnobelpreis wird einerseits die innenpolitische Stellung Obamas verschlechtern und andererseits möglicherweise die außenpolitische Stellung verbessern. Teile der US-Gesellschaft begreifen sich als auserwähltes Volk, welches jede "Einmischung" (das, was sie darunter verstehen, ist den Nachrichten nach manchmal sehr diffus) von außen zum Teufelszeug erklärt. Obamas Kampf um eine Krankenkassen-Reform wird von seinen innenpolitischen Gegnern mit einer Kampagne der Bösartigkeit und Verleumdung geführt, wie wir es in Deutschland seit über 65 Jahren nicht erlebt haben. Die Nachrichten melden auch, daß Folter und Guantanamo von weiten Teilen der US-Bürger begrüßt wird. Obama muß den Teufelskreis der abartigen Verhaltensweisen seiner eigenen Landsleute durchbrechen. Die Ausrede, kein anderer Staat

nehme ihm die Häftlinge ab, ist absurd. Kein Vasall der USA hat die Häftlinge nach Guantanamo geschickt. Dieses Gefängnis ist Sache des Präsidenten, wenn er Frieden schaffen will. Obama hat mit seiner ganzen Körpersprache und mit seinen Worten Menschenrechte und Frieden wieder politikfähig gemacht. Er ist auf Frieden und Freiheit verpflichtet.

Im Verantwortungsbereich von Obama und der USA sind die heißen Kriege in Israel/Palästina, in Afghanistan, im Irak und der kalte Krieg gegenüber dem Iran. Das sind im Augenblick die wesentlichen Kriegsschauplätze. Hier können wir, selbstverständlich abgestimmt, Obama helfen.

Am 22./23. Oktober wurde über die Medien das Ansinnen Israels an die Bundesrepublik Deutschland verbreitet, zwei kostenlose Kriegsschiffe (Neubau) zu liefern. Wert zusammen ca. 500 Millionen (eine halbe Milliarde!!) Steuergelder. Begründet wird dieses Ansinnen vermutlich mit den Holocaust. Gut 65 Jahre nach dem Kriegsende gibt es in Deutschland die Generation der Verantwortlichen für das 3. Reich kaum mehr. Wir sollten uns weigern, in ein Kriegsgebiet, an einen Staat, der täglich Landraub an seinen Nachbarn begeht, Waffen zu liefern.

Wir sollten die Friedenspolitik Obamas unterstützen und gar keine Waffen mehr an irgendein Land liefern. Das wird, so hoffe ich, unsere Fantasie beflügeln, Geld, Produktion, Handel und Landwirtschaft so zu organisieren, daß die Menschen in Deutschland auch ohne Produktion von Waffen ihr materielles Auskommen haben.

Der Prophet Micha spricht in Mi 4,1-4: *"In den letzten Tagen aber wird der Berg, auf dem Gottes Haus steht, fest stehen, höher als alle Berge und über alle Hügel erhaben. Und die Völker werden herzulaufen, und viele Heiden werden hingehen und sagen: ‚Kommt, laßt uns hinauf zum Berge des Herrn gehen und zum Haus des Gottes Jakobs, damit er uns lehre seine Wege und wir in seinen Pfaden wandeln!‘ Denn von Zion wird Weisung ausgehen und des Herrn Wort von Jerusalem. Er wird unter großen Völkern richten und viele Heiden zu rechtweisen in fernen Ländern. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden fortan nicht mehr lernen, Krieg zu führen. Ein jeder wird unter seinem Weinstock und Feigenbaum wohnen, und niemand wird sie schrecken. Denn der Mund des Herrn Zebaoth hat es geredet."*

Seit 1959 steht vor dem UN-Hauptgebäude in New York ein Geschenk der Sowjetunion. Ein muskulöser Mann schmiedet ein Schwert zu

einer Pflugschar. Sollte das Obama und uns nicht auch gelingen?

"Frieden schaffen ohne Waffen", dieser Slogan muß ergänzt werden durch "Frieden schaffen durch eine gerechte Weltwirtschaftsordnung". Das Treffen der 20 Industriestaaten (G 20), Ende September 2009 in Pittsburg/USA, hat durch seine wagen wirtschaftlichen/umweltpolitischen Absichtserklärungen den rücksichtslosen Militarismus und Neoliberalismus gestärkt. Es wäre der neuen Koalition in Berlin auf Bundesebene gut "zu Gesicht gestanden", wenn sie als Präambel zu dem Koalitionspapier ein Friedensmemorandum formuliert hätte.

Die Koalitionsverhandlungen schienen um den 18. Oktober herum nicht nur in eine Sackgasse geraten zu sein, sondern ich hatte den Eindruck, daß Guido Westerwelle dabei war, wider jedem Verstand, die CDU/CSU zu erpressen, indem er auf seine abenteuerlichen Steuernachlaß-Forderungen bestand. Die CDU/CSU ist auch mit Koalitionsvertrag erpressbar. Es ist ein merkwürdiges und nicht vertrauenserweckendes Trio - Merkel, Westerwelle und Seehofer (aus München beige-schaltet), welches uns die nächsten Jahre regieren will! Aber was soll's, das Volk hat am 27. September gewählt. Vielleicht wird die Katharsis, die wir in den nächsten Jahren durchmachen müssen, uns mehr Demokratie (Volksabstimmungen, Volksbefragungen) ermöglichen. Bei Kindern wird ja gesagt, daß (fast) jede Krankheit einen Entwicklungsfortschritt bringt.

Zum Abschluß: Impfen lasse ich mich nicht. Ich teile die Hysterie um die "Schweinegrippe" nicht. Möglicherweise ist das alles ein Werbegag der Pharmaindustrie (Krankheitsindustrie), die an dieser Impfkampagne gut verdient. Daß mir als einfacher Bürger das Serum zusammen mit Quecksilber, einem hochgradigen Nervengift, verabreicht werden soll, macht mich zornig. Ich freue mich, daß es immer mehr Ärzte, auch Ärztefunktionäre, gibt, die das Impfen gegen die "Schweinegrippe" für überflüssig halten.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein FROHES WEIHNACHTSFEST und ein gesundes, glückliches Jahr 2010. Die nächste Ausgabe des Kommentar- und Informationsbriefes NEUE POLITIK erscheint im Januar.

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 19. November 2009



(D.K.) Ein Leser verwies mich auf einen Beitrag vom Günter Dick in dem Rundbrief DIE MITARBEIT II/2000. Die Direkte Demokratie mit Hilfe von Nachbarschaften nach Artur Mahraun ist vom Anfang der NEUEN POLITIK an (1956) bis heute einer der Reformvorschläge für Demokratie in unserem Land. Über Mahraun finden Sie sowohl unter [www.neuepolitik.com](http://www.neuepolitik.com) als auch in der beiliegenden Bestellliste allerhand Literatur.

Artur Mahraun und sein Streben nach aktiven Nachbarschaften geriet zu Unrecht in Vergessenheit. Vor 50 Jahren (D.K. am 27. März 1950) verstarb Artur Mahraun in Gütersloh an den Spätfolgen seiner Mißhandlungen, die ihm 1933 durch Nazischergen nach seiner Verhaftung in Berlin zugefügt wurden.

Nur glückliche Umstände verhalfen ihm damals, das "Dritte Reich" nach seiner Freilassung im "Untergrund" zu überleben. Aber noch in der Gründerzeit der Bundesrepublik hat er seine während der Weimarer Republik entwickelten staatstragenden Ideen (Jungdeutsches Manifest, 1927) u.a. in seinen Schriften "Politische Reformation" und "Protest des Individuums" (beide 1949) veröffentlicht, jedoch wurden sie von den neu entstehenden Parteien leider nie beachtet.

Sein Idealbild eines Staatsaufbaues gründete auf kleine miteinander vernetzte Gemeinschaften (Nachbarschaften/Wahlbezirke/Wohnquartiere). Doch paßte dies einfach nicht in das Weltbild der alimentierten Parteienlandschaft. Obwohl sich in den frühen 50er Jahren vor allem in Norddeutschland über 500 organisier-

te Nachbarschaften bildeten, die sich redlich bemühten ihr Wohnumfeld in Zusammenarbeit mit den Parteien selbst mitzugestalten, erlahmte der direkte Einsatz der Bürgerschaft mehr und mehr. Hierzu beigetragen haben sowohl die gesellschaftlichen Veränderungen in den 50er Jahren (Wohlstand/Fernsehen/Mobilität), als auch die Anmaßung der Parteien das Alleinrecht zu besitzen, über das Wohl und Wehe in der Kommune allein bestimmen zu müssen und dabei verständli-

## Bleibt die wahre Demokratie Utopie? Erinnerungen an Artur Mahraun

von Günter Dick

cherweise auch die nötigen Finanzmittel "repräsentativ" aus den Steuertöpfen herausholen zu dürfen.

Erst in den letzten Jahren findet recht langsam eine Rückbesinnung statt, da auch einige Parteivorstände sehr wohl die Gefahren erkennen, die darin liegen, wenn sich immer mehr Bürger und Bürgerinnen der politischen Mitarbeit verweigern. Wenn sich immer mehr bloße Karrieristen mit videogenen "Sprechblasen" und das auch noch nur aus ganz bestimmten Berufsgruppen beschränkt (im doppelten Sinne des Wortes!) in den Parteien breit machen, kann daraus auf Dauer nicht Gutes für das Gemeinwesen erwachsen. Mahraun

in unserer Zeit den alten Begriff des freien Mannes durch den modernen Begriff des wahlberechtigten Staatsbürgers! Die Volksversammlung dieser Vergangenheit war der Ausgangspunkt alles politischen Denkens und ein entscheidender Teiler im Rahmen jeder größeren Raumordnung. Besonderes Merkmal dieser Volksversammlung war das persönliche Verhältnis des Einzelmenschen zu ihrer Gesamtheit. Die Entwicklung des Obrigkeitsstaates beseitigte den ureuropäischen Begriff der Gemeinde und die damit verbundenen Freiheiten. Anstelle des einstigen Begriffes der Zusammenarbeit aller Freien trat der Begriff der Unterordnung in den Vordergrund. In vielen Staaten Europas wurde der freie Bürger zum unfreien Untertan und später zum ohnmächtigen Einzelglied der Masse. Diese Entwicklung führte in Deutschland zur völligen Unterhöhlung der ideellen und materiellen Ordnungsbegriffe der Vergangenheit. Die Industrierwanderung der letzten Jahrhundertwende und das Aufkommen des Klassenkampfes halfen bei diesem Zerstörungswerk. Es ist bereits erwähnt worden, daß die Demokratien der angelsächsischen Staaten, der nordischen Länder, der Niederlande und der Schweiz im Gegensatz zu den anderen europäischen Ländern krisenfester geblieben sind. Der Grund dieser geschichtlichen Tatsache ist in der Ent-

wicklung zu suchen. Die genannten Länder haben die Begriffe und Freiheiten der ureuropäischen Gemeinde besser erhalten können. Darin liegt auch heute noch ihre Stärke und der Vorzug einer besseren demokratischen Gesinnung und Haltung.

Die politische Entmündigung und Begriffsverwirrung des deutschen Menschen hat ein Ausmaß angenommen, das nicht nur ihn selbst sondern seine Nachbarn im engeren und weiteren Sinn bedroht. Der Versuch, diese Gefahr durch eine demokratische Ordnung zu bannen, ist gescheitert. Die technische Apparatur siegte zunächst über die Parteien. Dann siegte die Propaganda über den gesunden Menschenverstand, und nun leben alle Betroffenen in steter Sorge, daß der Zufall oder der Eigenwille geldmächtigen Dunkelmännern alle Macht des modernen Staates, Apparatur und Propaganda, in die Hände spielen kann. Die völlige Ohnmacht der Massen ist demgegenüber durch die furchtbaren zeitnahen Erlebnisse bewiesen. In dem Bestreben, ein erneutes Versagen der demokratischen Ordnung zu verhindern, drängt sich die Frage in den Vordergrund, ob die Wiederherstellung von Zuständen möglich ist, die nachweislich einen besseren Gemeinsinn erzeugt haben und den Einzelmenschen vor politischer Gleichgültigkeit, Unmündigkeit und Ohnmacht bewahrten.

hat schon damals in der Weimarer Republik diesen schleichenden Vorgang erkannt.

Globalisierung erfordert im Grunde eine Regionalisierung. Das ist nicht allein bei der Agenda 21 so erkannt worden, auch die politische Mitwirkung der interessierten Bürgerschaft, selbst ohne Parteibuch, muß auf allen Gebieten der Kommune ermöglicht und gefördert werden.

Volksentscheide auf Landes- und Bundesebene können auch ein Weg zu mehr Demokratie werden. Sie scheitern dann, wenn diese "plebizitäten Elemente" zum Spielball finanzstarker Partei-Ideologen werden, die es schon immer verstanden haben, unorganisierte Volksmassen mit gezielt emotionalen Desinformationen in ihre Richtung zu bewegen. Diese latente Gefahr sollten auch die Verfechter ausschließlich von Volksbegehren und Volksentscheiden auf keinen Fall verkennen.

Kein Geringerer als Altbundespräsident Roman Herzog hat eigentlich die Wertvorstellung Artur Mahrauns voll bestätigt, als er sagte: "Ohne Einsatz des Einzelnen für die Gemeinschaft ist jedes Gemeinwesen überfordert".

Solange man dies aber nur so daher sagt und nicht gezielt fördert und organisiert, muß wohl die "wahre Demokratie", nicht nur in Deutschland und Europa, Utopie bleiben. Ja, es bleibt zu fürchten, daß die heute "existierende" Demokratie, die auf jeden Fall jeglicher Form von Diktatur vorzuziehen ist, durch arrogantes Handeln der politischen Kaste gänzlich zugrunde gerichtet wird.

Freiherr vom Stein hat in einer ähnlichen Zeit politischer Willenlosigkeit den Weg gewiesen. Er gab den Untertanen, die jedes Gefühl der politischen Zusammenarbeit unter sich und der Mitarbeit am Staate verloren hatten, mit der Selbstverwaltung der Städte den lebensnahen Raum wieder, in dem sich die verlorengegangenen bürgerlichen Tugenden entwickeln konnten. Heute haben sich die allgemeinen Verhältnisse so gewandelt, daß seine Maßnahmen nicht mehr genügen.

Wenn man aber seine Grundsätze auf die heutige Zeit überträgt, so ergibt sich die Notwendigkeit, wiederum durch sinnvolle Reformen einen lebensnahen Raum zu schaffen, in dem sich der Gemeinsinn entfalten kann.

Niemand wird auf den Gedanken kommen, daß eine Volksversammlung bei den Millionen ziffern heutiger Gemeinwesen durchführbar wäre. Es ist aber durchaus möglich, durch eine Aufteilung der Massen eine Summe von entsprechenden Einrichtungen zu schaffen, welche, jede für sich, dem Einzelmenschen alle Segnungen der politischen Heimat wiedergeben können. Das bedeutet die Schaffung eines Ordnungsprinzips zur Verwirklichung der an die Demokratie geknüpften Ideale.

Eine solche Aufgliederung der Massen stellt die Forderung, daß die Einzelmenschen innerhalb dieser neuen Einrichtung im gleichgearteten

Verhältnis zueinander und zum Ganzen stehen und daß die Summe dieser neuen Einrichtungen unter sich gleich ist. Jedes Abweichen von diesen Forderungen würde ein unorganisches und undemokratisches Bild ergeben und neuer Willkür die Tore öffnen. Dagegen führt eine Erfüllung dieser Forderungen unweigerlich zum neuen Ordnungsprinzip der nachbarschaftlichen Gliederung. Ihr zufolge wird die Gesamtheit der wahlberechtigten Staatsbürger in Nachbarschaften aufgeteilt. Jede Nachbarschaft ist in Bezug auf die Zahl ihrer Mitglieder, ihre innere Organisation und Einordnung in die Gesamtheit der andern gleich.

Mitglied der Nachbarschaft ist jeder wahlberechtigte Staatsbürger .

Die Höhe der Zahl, welche zum Teiler in diesem Organisationsprinzip bestimmt ist, ergibt sich aus der Forderung, daß die Volksversammlung eine übersichtliche und arbeitsfähige Einrichtung bleibt. Wo sie auf Grund ihres Umfangs dazu nicht in der Lage ist, würde der Begriff der nachbarschaftlichen Gemeinde aufhören und der Begriff der Masse wieder beginnen. Reiche Überlegungen und Erfahrungen fordern die Festsetzung der Zahl 500 als feststehenden Teiler.

Der Zusammentritt der wahlberechtigten Bürger einer Nachbarschaft stellt die nachbarli-

che Volksversammlung dar. Die Beteiligung des einzelnen an dieser Volksversammlung muß immer freiwillig bleiben, weil die Freiwilligkeit jeder Mitarbeit der unentbehrliche Spiegel der Volksverbundenheit dieses Systems ist. Die Volksversammlung wählt in geheimer, freier und gleicher Wahl nach einem Wahlsystem, welches keinerlei organisatorische oder technische Mittel zur Voraussetzung macht.

Sie wählt den Vorsitzenden und die Beisitzer. Unter den letzteren muß, wenn der Vorsitzende ein Mann ist, eine Frau sein.

Die Volksversammlungen finden selbsttätig nach längeren Zeitabschnitten statt. Über die Abhaltung weiterer Volksversammlungen entscheidet die nachbarliche Volksversammlung selbst. Die Möglichkeit einer Einberufung auf Wunsch der staatlichen Behörden muß einbegriffen sein.

Die innere Ordnung und Betätigung der Nachbarschaften muß auf verfassungsmäßigem Wege allgemein geregelt werden.

Ihre Funktionen ergeben sich aus der allgemeinen Entwicklung dieses neuen Ordnungsprinzips. Sie sind das Ergebnis eines gesunden, erst nach der Schaffung dieser Gliederung möglichen Ringens zwischen Volk und Staat. Sie sind nicht gleichbleibend, sondern den Notwendigkeiten und Erfordernissen der jeweiligen Gegenwart unterwor-

fen. Das politische Leben der Nachbarschaft entwickelt sich aus der praktischen Zusammenarbeit gleichberechtigter Bürger. Es hieße der Entwicklung vorgreifen, wenn man die Fülle der Funktionen beschreiben wollte, welche dieser Einrichtung des neuen Ordnungsprinzips zufallen. Die Erfahrung hat bereits bewiesen, daß mit dem Vorhandensein der Nachbarschaft ein völlig neues politisches Leben beginnt. Das Bewußtsein des Volkes, eine Organisation seiner selbst zu besitzen, stellt den Glauben an den Sinn der politischen Mitarbeit wieder her.

Der Sieg des Menschen über die Organisation offenbart sich in der Handlungsfähigkeit der Allgemeinheit.

Die Vergewaltigung dieser Allgemeinheit durch organisierten Terror wesensfremder Minderheiten wird zur Unmöglichkeit. Der unergründlichen Propaganda technischer und organisatorischer Machtmittel kann ein wohlgegliedertes Volk eine eigene Meinung entgegenstellen.

Indem es eine Organisation seiner selbst besitzt, hat es auch die Möglichkeit, jederzeit eine allgemeine freie und gleiche Abstimmung auszulösen, ohne geldmächtige Gruppen um die Finanzierung einer solchen Abstimmung anbetteln zu müssen.



## Banken schwimmen in Geld - doch die Wirtschaft sitzt auf dem Trockenen

von Marco Meng

Wenn die Wirtschaft wieder in Gang kommen soll, brauchen Unternehmen eine funktionierende Kreditversorgung. Immer mehr mittelständische Unternehmen klagen indes, schwieriger an Kredite zu kommen, während die Banken, die besonders den deutschen Mittelstand zur Klientel haben, immer öfter Ausfälle durch die Zahlungsunfähigkeit der Kreditnehmer verbuchen müssen.

Für manchen Beobachter sieht es so aus, als würden sich jetzt die Banken, deren "Finanzinnovationen" die Misere ja verursacht haben, mit Hilfe des billigen Geldes der Zentralbanken selbst sanieren, während man den

Teil der Wirtschaft, den man so schön "Realwirtschaft" nennt, links liegen läßt. Die niedrigen Zinsen werden nicht an Handel und Industrie weitergegeben, im Gegenteil: die Realwirtschaft muß zum Teil hohe Zinsen zahlen, da die Banken nun das Risiko der Kreditvergabe bezahlt sehen wollen.

"Immer mehr Unternehmen fehlt es an Liquidität", erklärt der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Heinrich Driftmann.

Die Lehren aus der Finanzkrise hat man anscheinend noch nicht gezogen - am wenigsten die Banken selbst. Wenn Deutsche-Bank-Chef Ackermann unverändert eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent als Ziel ausgibt, grenzt das nicht an einen Verstoß wider die guten Sitten? Kunden der Deutschen Bank werden anscheinend besonders geschöpft. Da paßt es, daß die Deutsche Bank vor kurzem auf die Gesamtsumme des Überziehungskredits, den man Geschäftskonten einräumte, ein Prozent Zinsen berechnen wollte - wohlgemerkt, nicht für die Summe, mit der man das Konto überzog, sondern für den Teil, der von der Bank eingeräumt, aber überhaupt nicht in Anspruch genommen wurde. Zur Begründung führte das Institut "veränderte Preiskalkulationen am Markt" an. Nach Kundenprotesten hatte man das fallen gelassen und erklärt, es habe sich lediglich um eine "regional begrenzte" Aktion im Raum Hamburg gehandelt. Man ist also wirklich "innovativ", wenn es darum geht, den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen, so möchte man fast denken. War das eigentliche Kreditgeschäft stets nichts anderes als die Vergabe von Buchkrediten, welche man durch Spareinlagen refinanzierte, so werden heute Darlehen verbrieft und weiterverkauft. Am Ende lullten sich die Banken selbst und gegenseitig mit diesen Papieren ein und verloren vollends den Überblick. Statt Kredite zu vergeben, hatte man sich "Finanzinstrumente" ausgedacht, um noch mehr Profit zu erzielen, letztendlich auf Kosten der Anleger. Qualifizierte Kritiker des Finanz- aber auch des gesamten Wirtschaftssystems, so wie es derzeit beschaffen ist, gibt es genügend. Zum Beispiel der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Fredmund Malik, der schon seit langem den Götzen des Shareholder-Value kritisiert. Die Idee des Shareholder-Values, also die einseitig auf die Interessen der Aktionäre ausgerichtete Unternehmensführung sieht er als eine der Hauptursachen für die weltweite Finanzkrise. Schnelle Gewinne waren jahrzehntelang die Messlatte, an denen sich Top-Manager maßen. Doch solche Gewinne zu machen ist nicht schwer, wenn man nicht auf die Zukunft achten muß. Sobald der Börsenkurs kurzzeitig explodiert, steigt damit auch Gehalt, Bonus und Abfindung des Managers. Wenn das Unternehmen dann kurz darauf Verluste schreibt, wie beispielsweise Arcandor - was soll's! Die meisten Aktionäre sind heute professionelle Investoren, die überhaupt

nicht an einem Unternehmen interessiert sind. Ihr Ziel ist die Rendite, und je kurzfristiger, um so besser. Man braucht da eigentlich kein Wirtschaftswissenschaftler zu sein, um zu ahnen, daß so etwas nicht lange gut geht.

Nach Bernd Senf, bis 2009 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, muß insbesondere über das Zinssystem nachgedacht werden. Zins und Zinseszins bewirken für die Geldanleger, daß sich deren Vermögen vermehrt. Der Zins allerdings muß erwirtschaftet werden. Da er ständig wächst, muß also auch die Produktion von Jahr zu Jahr wachsen. Daß das nicht lange und erst recht nicht unbegrenzt möglich ist, weiß eigentlich jeder. Ungehindertes Wachstum nennt man in der Medizin übrigens Krebs. Tatsächlich frisst ein System von Zwang zu wachsender Verschuldung sich selbst auf.

Höchstens fünf Prozent der beinahe 1000 Milliarden Dollar, die die Amerikaner nun in Konjunktur-Rettungspakete investieren, kommen schätzungsweise in der Wirtschaft an. Die Finanzmärkte sind noch immer um ein Vielfaches größer als die Realwirtschaft dies für ihre Investitionen und ihren Handel braucht. Die Volumina sind noch immer aufgebläht: tatsächlich schwimmen die Banken in Europa und den USA in liquiden Mitteln. Wann werden die Konsequenzen gezogen? Wann werden die Banken selbst zur Verantwortung gezogen? Aber bei den Banken selbst, bzw. den Bankvorständen, läuft alles wie geschmiert, das heißt, wie es die weltgrößte Bank, die Schweizer UBS, vormachte: 13 Mrd. Euro hatte man Verlust gemacht, Dividendenzahlung gab es deshalb keine. Gleichzeitig zahlten sich die Manager des Konzerns aber Boni von mehr als einer Milliarde aus. Ist das alles noch normal? Daß hinter jedem "realwirtschaftlichen" Vorgang heute mehr als ein Dutzend Finanztransaktionen stehen, ist jedenfalls weder normal noch überhaupt sinnvoll. Dabei ist ein großer Teil dieser Finanztransaktionen reine Spekulation und hat mit wirklichem Wirtschaften und echter Wertschöpfung nicht das geringste zu tun.

Statt aber durch klare Regeln das Finanzsystem sicherer zu machen, ging man tatsächlich den von vielen Banken propagierten umgekehrten Weg: im Oktober 2008, als das ganze Ausmaß des Finanzdesasters offenbar wurde, hatte die EU - dem Beispiel USA folgend - die Bilanzvorschriften gelockert, da man meinte, ein Festhalten an der Bewertung nach Marktpreisen werde die Krisensituation noch verschärfen. Diese gelockerten Regeln, die eigentlich den strengen International Financial Reporting Standards (IFRS) widersprechen, besagen, daß für die Zeit, in der Aktiva nicht gehandelt werden können, da der Markt dafür zusammengebrochen ist, diese nicht mehr zu ihrem aktuellen Marktwert bilanziert werden. Die Deutsche Bank verdiente dank neuer Bilanzierung noch 93 Millionen Euro: im Jahr

zuvor hatten die Frankfurter unter dem Strich noch 1,63 Milliarden Euro verdient! Die Zahlen auf dem Papier sehen nun zwar besser aus, doch die wahre Vermögenslage wird mehr oder weniger verschleiert. Misstrauen baut man so schwerlich ab, weil sich nun alle fragen: wie würdet ihr nach alter Bilanzierung dastehen? Die US-Investmentbank Goldman Sachs hatte übrigens den internationalen Bankenverband IIF aus Protest gegen diese neuen Bilanzierungsregeln verlassen. Es bestehe, so Kritiker, erneut die Gefahr, Risiken in den Bilanzen zu verschleiern, und aus Gründen der Vergleichbarkeit sei es geboten, weiter nach dem Marktwertansatz zu bilanzieren.

Für den österreichischen Regisseur des Dokumentarfilms "Let's Make Money" aus dem Jahr 2008, Erwin Wagenhofer, bringt das aktuelle globale Finanzsystem vor allem Verlierer hervor: "Hier bei uns sind die Märkte gesättigt, also investieren wir dort, wo sich noch etwas verdienen läßt. Und nicht, damit die Menschen dort vielleicht auch eines Tages so viel verdienen wie wir heute, eben genau deswegen nicht., sondern man investiert in die so genannten emerging markets, weil es genau diese Unterschiede gibt... Steigen dann aber die Löhne, ziehen solche Unternehmer ganz schnell weiter. Zurück bleiben kaputte Menschen und eine kaputte Umwelt." □

**(D.K.) Diejenigen, die immer wieder bezweifeln, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Rechtsstaat ist, erhalten durch die polizeilichen und juristischen Vorfälle wie in Rostock "Oberwasser". Die fehlende Rechtssicherheit in Deutschland ist durch die politische Vergangenheit im vorigen Jahrhundert in diesem Land, mehr als es guttut, bestimmt. Die Obrigkeit muß sich das immer wieder vor Augen halten und sollte die leider vorhandene Langmut der Bürger nicht für einen Freibrief für menschenfeindliches und undemokratisches Handeln halten.**

Den nachfolgenden Text habe ich der Wochenzeitschrift DER FREITAG vom 24. September entnommen.

## Busfahrt mit Folgen

Blog von Peter Nowak

Cornelia Mannewitz rechnet jeden Tag mit ihrer Verhaftung. Der Aktivistin des Rostocker Friedensbündnisses drohen bis zu sechs Monate Beugehaft. Ihr Vergehen? Sie hatte den Reisebus angemietet, mit dem Antimilitaristen aus der Hansestadt und Umgebung im April zu den Protesten gegen den Natogipfel nach Straßburg fuhren. Bei den Ausschreitungen in Frankreich waren zwei Mitfahrer festgenommen worden und sitzen seither in Untersuchungshaft.

Schon im Juli wurde Mannewitz vom Landeskriminalamt in Mecklenburg-Vorpommern fünf Stunden lang vernommen - als Zeugin. Bei der Befragung ging es um die Arbeitsweise und Struktur des Rostocker Friedensbündnisses, den Verlauf der Busfahrt zu den Protesten nach Straßburg - und um die Namen der Mitreisenden.

Weil Mannewitz dazu keine Angaben machte, wurde sie im darauf folgenden Monat von der Rostocker Staatsanwaltschaft zur Vernehmung vorgeladen. Bei diesem Termin wurde die Herausgabe einer Liste sämtlicher Teilnehmer der Busfahrt verlangt.

Die wollte die Friedensaktivistin allerdings nicht preisgeben. Unter Verweis auf das Zeugnisverweigerungsrecht blieb Mannewitz den Ermittlern die Auskunft schuldig - weshalb gegen die Frau ein Ordnungsgeld von 500 Euro verhängt wurde. Außerdem muß sie sämtliche Kosten des Verfahrens tragen. Im Anschluß an die Vernehmung wurde ihre Wohnung von der Polizei durchsucht und ein Computer beschlagnahmt, den sie erst nach einigen Wochen wieder zurück erhielt. Doch damit war die Geschichte noch längst nicht zu den Akten gelegt.

### Bunte Beteiligung im Bus

Die Behörden verlangten von Mannewitz immer noch die Namen der Businsassen. "Eine solche Liste gibt es nicht", sagt ein Mitglied des Rostocker Friedensbündnisses. Im April sei "eine bunt gemischte Beteiligung" in dem vollbesetzten Bus nach Straßburg aufgebrochen. Die Fahrt sei außerdem öffentlich gewesen. Monty Schädel, der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG/VK), deren Mitglied auch Mannewitz ist, sieht die Versammlungsfreiheit bedroht. Wenn die Polizei ohne Probleme die Namen und Adressen von Demonstranten erhalten können, die sich per Bus auf die Anreise zu einer Protestaktion machen, hätte dies eine außerordentlich abschreckende Wirkung. Jeder müßte ständig fürchten, plötzlich im Visier staatlicher Ermittlungen zu stehen. Vom Landeskriminalamt in Mecklenburg-Vorpommern wollte niemand zu dem Fall Stellung nehmen. Die Behörden wissen natürlich auch, daß in dem Bus Menschen saßen, die sich nicht kannten, aus verschiedenen politischen Ecken kamen und eben nur das eine Ziel hatten, gegen die Jubelfeiern zum 60-jährigen Jubiläum der Nato zu protestieren. Die Nato sein "ein wachsendes Hindernis für den Frieden in der Welt", hieß es damals in einem Aufruf. "Um unsere Vision von einer friedlichen Welt zu erreichen, lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab - sie sind Teile des Problems und nicht die Lösung."

Die Ermittlungen dienen nur einem Zweck: Protestgruppen auszuforschen, Dissidenten abzuschrecken und Daten zu sammeln. □

## Rechtsmißbrauch

(D.K.) Genau am 1. September 2009, am 70. Jahrestag des Überfalls des Deutschen Reiches auf die Republik Polen meldete The Associated Press (AP) im Internet auf der Eingangsseite der Suchmaschine Yahoo folgendes: >Eltern dürfen ihren Sohn "Djehad" nennen. Das Kammergericht in Berlin entschied nach Mitteilung vom Dienstag, daß das Kindeswohl durch die Wahl des Vornamens nicht gefährdet sei. "Djehad" bedeutet Heiliger Krieg. Der Standesbeamte hatte die beantragte Beurkundung dieses Namens im Geburtenbuch mit der Begründung abgelehnt, das Kindeswohl sei dadurch erheblich gefährdet: Der Begriff "Heiliger Krieg" habe in Deutschland seit dem 11. September 2001 eine stark negative Bedeutung erlangt. Das Kammergericht sah - wie zuvor das Amtsgericht und das Landgericht - die Namenswahl als unbedenklich an. Bei "Djehad" handele es sich um eine im Arabischen auch als männlicher Vorname gebräuchliche Bezeichnung für die Verpflichtung des Muslimen zum geistigen und gesellschaftlichen Einsatz für die Verbreitung des Glaubens, hieß es zur Begründung. Der Gebrauch des Wortes als Vorname sei daher keineswegs verunglimpfend oder anstößig. Daran ändere nichts, daß radikale Islamisten in jüngster Zeit den Begriff im Sinne eines bewaffneten Kampfes gegen Ungläubige verwendeten. Eine Einschränkung des Rechts der Eltern zur Namenswahl könne das nicht rechtfertigen. Auf die Motive der Eltern komme es nicht an. (Aktenzeichen: Kammergericht Berlin, 1 W 93/07), <http://gerichtsentscheidungen.berlinbrandenburg/> < Es gibt keinen Heiligen Krieg, wie es auch keinen Gerechten Krieg gibt. Aus beiden Begriffen spricht die rechte wie linke Menschenverachtung des 20. Jahrhunderts, die ich als rechten und linken Faschismus verstehe. Wenn es so ist, könnte ich mein Kind auch Auschwitz oder Hitler nennen.

Eigentlich wundert es mich gar nicht, daß deutsche Juristen ein solches Urteil sprechen, stammt doch die Juristerei in sehr vielen Teilen aus einer Kultur, die den Nationalsozialismus geistig möglich machte. In einer friedlichen Kulturrevolution müssen auch unsere, die deutschen, Gesetzbücher neu geschrieben werden.

Daß es da und dort auch islamische Religionswissenschaftler gibt, die den Djehad aus dem Koran anders deuten, als die radikalen Islamisten, das will ich gerne glauben. Aber dann müssen diese islamischen Weisen auch hervortreten und sich öffentlich äußern.

Ein deutsches Kammergericht macht sich so, wie es in dieser Meldung geschildert wird, zum "nützlichen Idioten" politikrimineller Machenschaften. □

Lesern des Magazins "Natürlich leben" (Nr. 6/2007) vorgestellt.

Das Buch offenbart dem Leser mit zwingender Logik, wie sie auf natürliche Weise ebenfalls immer gesund bleiben, im Krankheitsfall wieder gesund werden können.

Dies auf dem Hintergrund, daß chronisch-degenerative Krankheiten - an ihnen leiden ca. 85 - 95 % aller Patienten - nach Überzeugung der Schulmedizin unheilbar sind, nur mit den künstlichen Mitteln der Pharmazie, Stahl und Strahl kostenträchtig und langwierig behandelt - nicht geheilt - werden können.

In Wahrheit sind jedoch alle diese Krankheiten heilbar, auch braucht niemand daran zu erkranken.

Das Buch gehört in die Hand eines jeden selbst verantwortlich denkenden und handelnden Menschen, der im Interesse der Erhaltung oder Wiederherstellung strahlender Gesundheit bereit und willens ist, sich der Wahrheit zu stellen und danach zu handeln. □

## Leserbrief

Lieber Dieter!

Jetzt wird es Zeit, Dir endlich einmal wieder meine große Referenz schriftlich darzulegen. Herrn Obama würde ich als bayerischer Nobody nicht schreiben, und das Nobelpreiskomitee würde mich ohnehin nicht zur Kenntnis nehmen. Daß Du Obama in Deinem Loblied in der Juli/August-Ausgabe der Neuen Politik mit zum Friedensnobelpreis verholfen hast, halte ich durchaus für möglich. Mich jedenfalls hast Du von der Lauterkeit Obamas' ethisch-moralischen Absichten zusätzlich überzeugt. Und mein Wissen über ihn durch eine Anzahl von Zitaten aus seinem Munde bereichert. Diese seine noch nie vernommenen Sätze und einige Deiner Kommentare hatte ich mir schon gleich rot angestrichen. Jetzt können wir uns beide über Obamas hohe Auszeichnung freuen.

Wer Frieden stiften will, muß zuerst klare Vorstellungen zur Realisierung seines Vorhabens im Kopf haben. Bei den ideologisch verhärteten alten Garden, die sich nur ein "Weiter so" vorstellen können, ist freilich schwer zu erwarten, daß sich Obama in absehbarer Zeit durchzusetzen vermag. Wenn in seinem Lande Stimmen laut werden, daß er vor dem Nobelpreis erst einmal hätte zeigen sollen, daß er die Welt zum Besseren verändern könnte, so kann man dafür ein gewisses Verständnis aufbringen. Sollte alles im Graben landen, ist wenigstens festgeschrieben, was man hätte tun und lassen sollen. Die Geschichtsbücher sind voll von folgenswerer Ignoranz. Endlich wurde einer für sein geradliniges Wollen geehrt, mit dem alle bessere Zukunft beginnt....

Sei herzlich begrüßt, lieber unermüdlicher Freund von Deinem  
Gottfried Hilscher

13. Oktober 2009<sup>7</sup>

## Buchbesprechung

**(D.K.) Georg Meinecke. Gesund für immer - Die Revolution im Gesundheitswesen. Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestelliste an. Den Text der Buchvorstellung habe ich dem Internet entnommen.**

Weitgehender Vorabdruck erfolgte 2007 im Magazin "Wandmaker aktuell". Durch 2-seitiges Interview mit dem Autor wurde es den